

# Bildung für alle wagen!

## Eine Resolution der Katholischen Studierenden Jugend

Nicht nur die protestierenden Studierenden, sondern auch zahllose Politikerstatements akzentuieren 'Bildung' als "zukünftiges Megathema" (Roman Herzog). Als Verband für Schülerinnen und Schüler begrüßt die Katholische Studierende Jugend (KSJ) die Intensivierung des Nachdenkens über Bildung.

Statt grundlegende Initiativen für Schulen und Universitäten zu entwickeln, ja Bildung neu zu denken, bewegen sich die bisherigen Überlegungen allein unter einem finanzpolitischen Vorzeichen. Ein ausschließlich an der Ökonomie orientierter Bildungsbegriff führt das Wissen, das Gewußt-wie und die Wissenschaften vielleicht nicht kurzfristig ad absurdum. Auf längere Sicht kommt es jedoch aufgrund der Zweckorientierung zu einer Sinnentleerung des Bildungsgedankens.

beste Beispiel bieten hierfür die Diskussionen um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Weil **die Schülerinnen und Schüler von heute die Studierenden von morgen** sind, fordern wir die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen zu einer grundsätzlichen Korrektur des HRG auf.

## Allgemeines zum Hochschulrahmengesetz

gesamt sehen wir im HRG die Tendenz, daß Bildung zukünftig die Chancengleichheit und die soziale Mobilität dadurch beschränkt, daß der Staat seiner Verantwortung zur Schaffung geeigneter Studienbedingungen, -voraussetzungen, -kapazitäten nicht nach kommt und sich zunehmend ein **"sozialer numerus clausus"** etabliert. Für die Zukunft der Hochschulen bedeutet der Gesetzentwurf zweitens eine weitgehende Reduzierung der Studieninhalte auf ihre ökonomische Verwertbarkeit. Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Bildung wird nicht wahrgenommen. Einen ausschließlich an der Wirtschaft orientierten Leistungsbegriff lehnen wir ab. Drittens wurde im Entwurf der komplette Abschnitt über die Organisation der Hochschulen gestrichen. In der fehlenden Fixierung der Hochschulen als Körperschaften öffentlichen Rechts und als Gruppenuniversitäten sehen wir eine weitgehende "Entstaatlichung", ohne daß exakt geklärt ist, was an die Stelle des Staates treten soll. Damit erklärt die Politik ihren Gestaltungswillen für beendet und überläßt es dem "allmächtigen Markt, es zu richten".

den **"allgemeine Grundsätze der Mitwirkung"** vermissen wir eine couragiertere Handhabung von Demokratie und Mündigkeit. Die Eigenverantwortlichkeit und Mündigkeit der Studierenden muß stärker gewichtet werden. Insbesondere bedeutet dies nicht nur eine länderrechtliche Möglichkeit einzuräumen, sondern vielmehr die bundesweite Grundsatz der **selbstbestimmten und verfaßten Studentenschaften** zu festzuschreiben. Weil in der Wissens und Informationsgesellschaft die Hochschulen nicht als Elfenbeinturm existieren können, halten wir für die "Wahrnehmung studentischer Belange" es für unverzichtbar, die im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat übliche Meinungsfreiheit gerade für Gremien der Studierenden zu gewährleisten. Unerlässlich ist das **"allgemeine politische Mandat"** für den Auftrag der Hochschulen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

**Die Frage der Ausbildungsförderung und der Finanzierung der Hochschulen darf unserer Meinung nach nicht getrennt voneinander diskutiert werden.** Für eine breit gegliedertes und qualitativ gutes Bildungsangebot für die BürgerInnen muß nach unserer

Auffassung der Staat mit seinen eigenen Budgets sorgen. Das bedeutet auch, daß die ohnehin schon verwässerte Chancengleichheit wieder stärker gewährleistet wird. Daher fordern wir eine **grundlegende Reform der Ausbildungsförderung**, die allen Studierenden ein Existenzminimum zum Leben einräumt.

Eine Beteiligung der Studierenden an den Kosten der (Aus-)Bildung lehnen wir ab.

Leider sehen die Realitäten anders aus. In Sachen 'Studiengebühren' beobachten wir ein **regionales Raubrittertum**. In Baden-Württemberg und Berlin werden die Einschreibe-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren mißbraucht, um die Haushaltslöcher der Länderetats zu stopfen. Mit allergrößtem Mißtrauen verfolgen wir daher, daß im neuen HRG offensichtlichen und verdeckten Studiengebühren "Tor und Tür" geöffnet werden, weil diese Regelung ausgeklammert worden ist. Sprich: auf der Länderebene Studiengebühren willkürlich nach dem Dominoeffekt eingeführt werden und ein "Bildungstourismus" der Studierenden einerseits und "Eliteuniversitäten" andererseits drohen. Derzeitig am Ende des Jahrtausends erschöpft sich Bildungspolitik in der Verwaltung "leerer Kassen".

## **Bildung für das 21. Jahrhundert**

Wenn wir 'Bildung' mit Blick auf die Wissensgesellschaft des nächsten Jahrhunderts als "Megathema" begreifen, dann ist ein allgemeiner Konsens nötig, was hinter der zukünftigen Zauberformel 'Bildung' steckt. Sicherlich verstehen wir 'Bildung' mit Roman Herzog auch als "unverzichtbares Mittel für den sozialen Ausgleich. Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Sie hält die Mechanismen des sozialen Auf- und Abstiegs offen, und hält damit unsere Gesellschaften in Bewegung, Und sie ist zugleich das Lebenselixier der Demokratie, in einer Welt die immer komplexer wird."

Aber für uns erschöpft sich 'Bildung' darin nicht: Im Mittelpunkt des Lernens muß der Mensch stehen, als Schülerin, Schüler und Studierende(r). Ein Honorieren der intellektuellen Leistung allein, die dann wiederum die Grundlage für Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bildet ist mehr als fragwürdig. Vielmehr bedarf es der intensiven Begleitung der Lernenden als Grundvoraussetzung des Wissenserwerbs.

**Aus diesem persönlich gestalteten, nicht ökonomisch gestylten Bildungsverständnis heraus fordern wir einen nachhaltigen Bildungsvertrag, der sich nicht nur in Investitionen und Innovationen ausdrücken muß, sondern vielmehr in der Chance und dem Recht, auf eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Bildung.**

Ausgangspunkte und Verlauf der bisherigen Bildungsdiskussion spiegeln die gesellschaftliche Krise in der Bundesrepublik wider. Auf uns wirken sie wie Variationen über das Thema "leere Kassen", die in Varianten auch bei anderen Fragen der 'sozialen Gerechtigkeit' (Armut, Asyl, Arbeitslosigkeit etc. ) und Forderungen nach einer neuen Umverteilungspolitik zu hören sind. Visionen, 'mehr Bildung für alle zu wagen' fehlen oder gelten als verfehlt aufgrund des Kostenfaktors. Letztlich entscheiden wirtschaftliche Kriterien und Interessen und nicht mehr politische Prinzipien.

In aller Schärfe ist zu fragen: Was ist uns und der Gesellschaft Bildung wert? In den Augen der KSJ ist sie uns mehr wert, als dieser oder jener "Eurofighter". Diese politischer Entscheidung macht deutlich, daß 'Politik' in der Lage ist, Prioritäten zu setzen. Bildung dabei aber eine absolut untergeordnete Bedeutung hat. So zeigt sich der wahre Wert der

Solidaritätsbekundungen vieler PolitikerInnen. Uns geht es nicht um die Umschichtung einzelner Etatposten (so wünschenswert sie auch wäre), sondern vielmehr um eine solidarisch und gerecht gebildete Gesellschaft.

Fragen Sie uns, was uns Bildung wert ist und was Bildung leisten kann, dann erklären wir:

**Wären wir heute in Ihrer Position, hätten wir sofort das HRG geändert und schon längst in die Zukunft investiert.**

**Werden wir morgen in Ihrer Lage sein, wissen wir, was Schülerinnen, Schüler und Studierende uns wert sind, und wir investieren in unsere Zukunft: Bildung für alle neu zu denken.**